

Fairness auf dem Arbeitsmarkt

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold zum 1. Mai

(pm) „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ – so lautet der Slogan der SPD und der Nürtinger Bundestagsabgeordneter Rainer Arnold (SPD) setzt hinzu: „Arbeit muss sich lohnen“. Aber anders, als die FDP suggeriere, die die unteren Lohngruppen und die Bedürftigen gegeneinander ausspiele und somit die Spaltung der Gesellschaft betreibe. Die Arbeitnehmer bräuchten verlässliche Strukturen. In Deutschland nähmen jedoch unsichere Arbeitsverhältnisse und Lohn-dumping zu. Damit sich Arbeit lohnt, müsse auf dem Arbeitsmarkt Fairness statt Lohn-dumping herrschen.

Der 1. Mai als Tag der Arbeit soll genutzt werden, um gegen die Missstände zu demonstrieren. Die Kontrollrechte und Mitbestimmung der Betriebsräte und die Tarifbindung sollten durch Gesetze gestärkt werden, denn die Tarifbindung von Unternehmen sei auf einem historisch niedrigen Niveau und leider nehme auch die schlecht bezahlte Arbeit zu. Laut einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erhalten nur noch 52 Prozent der Beschäftigten einen Branchentarifvertrag.

Ein Stein des Anstoßes sei auch die Unterbezahlung auf dem Leiharbeitssektor: 77 Prozent der Beschäftigten in der Leiharbeitsbranche erhalten trotz Vollzeitarbeit einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. Im Klartext: 77 Prozent der Leiharbeiter bekommen unter 1200 Euro für eine Vollzeitstelle. „Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, Leiharbeit und Zeitarbeit eingeschlossen“, betont der SPD-Mann.

Jeder zweite Arbeitnehmer in einem befristeten Job

Ein weiteres Problem sei, dass die Zahl der befristeten Beschäftigten zunehme. Laut IAB erhält mittlerweile jeder zweite Arbeitnehmer nur noch einen befristeten Vertrag. Besonders junge Menschen, insbesondere Frauen und Berufseinsteiger seien hiervon betroffen. Für den Bundestagsabgeordneten ist klar, dass junge Menschen so kaum eine Chance für Lebens- oder Familienplanung haben, da durch die befristeten Arbeitsverträge berufliche Unsicher-

heit strukturell wird. Die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg hat schon lange zusammen mit der IG Metall Baden-Württemberg ihre Position klar formuliert: „Leiharbeit in ihren heutigen Auswüchsen fördert Armut und trägt nicht zur Stabilisierung von Beschäftigung bei.“ Leih- und Zeitarbeit seien vernünftige Instrumente, um am Arbeitsmarkt flexibel auf die Auftragslage reagieren zu können. Es dürfe aber nicht dazu genutzt werden, um das Lohngefüge nach unten zu drücken. Es müssten faire Regeln bei der Leiharbeit existieren.

„Die Finanzkrise ist leider noch nicht überstanden, umso wichtiger ist es jetzt, einen leistungsstarken Staat zu erhalten“, so Arnold. Statt Steuergeschenken für wenige und einer undefinierten Bankenabgabe, wie sie die Regierung fordert, sollte eine differenzierte Abgabe, speziell auf das Spekulationsgeschäft gerichtet, erhoben werden. Mit dem Geld einer internationalen Finanztransaktionssteuer könnten ohne weitere Verschuldung die Ausgaben für dringend nötige Infrastruktur- und Bildungsmaßnahmen finanziert werden.